

Initiative

Cité

Foch e. V.

Berlin, 19.11.2017

An die
Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“
in der Bezirksverordnetenversammlung
Berlin-Reinickendorf

nachrichtlich:

- Alle anderen in der BVV vertretenen Fraktionen
- ICF-Mitglieder und -Teilnehmer

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seiner Sitzung am 13.11.2017 hat der Ausschuss für Gesundheit und Soziales der BVV-Reinickendorf einen Beschlussvorschlag Ihrer Fraktion angenommen, der fordert, dass das ehemalige Collège Voltaire in der Rue Racine 7 als „Notübernachtungsstandort im Sinne der Kältehilfe“ freigegeben wird und dass sich der Bezirk um einen Träger und Personal für dessen Betreuung bemüht.

Wir bitten Sie, diesen Beschlussvorschlag zurückzuziehen, im o.g. Ausschuss die Rücknahme des Beschlusses vom 13.11.2017 zu beantragen und stattdessen einen BVV-Beschluss herbei zu führen, der das Berliner Immobilienmanagement (BIM) auffordert, der Montessori-Schule die Rue Racine 7 umgehend und zu wirtschaftlich tragbaren Konditionen zur Verfügung zu stellen

und begründen diese Bitte wie folgt:

Bis Anfang 2015 bestand die von Senats- und Bezirkspolitikern aller Parteien unterstützte Erwartung, dass die Rue Racine 7 der Montessori-Schule zum 1.6.2015 übergeben werden und der Unterricht – nach Durchführung der wichtigsten Sanierungsarbeiten – mit dem Schuljahr 2016/17 beginnen sollte. Dies hatte der damalige LaGeSo-Sts Gerstein seinem Schreiben vom 14.12.2015 nochmals bestätigt. Mitglieder des Abgeordnetenhauses von CDU und SPD, sowie alle in der BVV-Reinickendorf vertretenen Parteien, also auch Ihre Fraktion, hatten sich ebenfalls dafür eingesetzt.

Stattdessen wurde im Februar 2015 in der Rue Racine 7 – zunächst ohne jegliche Vorabinformation der Cité-Foch-Bewohner - eine Flüchtlingsnotunterkunft eingerichtet, deren Dauer in einer erst nach deren Eröffnung angesetzten Informationsveranstaltung zunächst auf drei Monate und sodann auf ein Jahr befristet worden war. Daraus wurden – nach immer neuen Verlängerungen - schließlich zweieinhalb Jahre.

Viele Cité-Foch-Bewohner fühlten sich deshalb schon seiner Zeit von der Politik getäuscht, und bei Ihnen wuchs die Verbitterung über die zuständigen Behörden, nicht nur wegen des ständig verlängerten Zeitrahmens für die Flüchtlingsnotunterkunft und der damit verbundenen Belastungen, insbesondere für die unmittelbare Nachbarschaft, sondern auch weil dadurch die Terminzusagen für die Montessori-Schule immer wieder hinfällig wurden.

Dennoch engagierten sich viele Cité-Foch-Bewohner zweieinhalb Jahre lang - zusammen mit Bewohnern der Nachbarbezirke - in beispielhafter Weise bei der Aufnahme und Betreuung von bis zu 350 Flüchtlingen. Dieses wurde wiederholt von dritter Stelle gewürdigt – unter anderem vom Berliner Senat und vom Bezirk Reinickendorf.

Hinter diesem Engagement stand die feste Erwartung, dass auch der Senat seinen Teil des 'Deals' in dieser Sache einhalten würde, also sein Versprechen, der Montessori-Schule die Rue Racine 7 nach Schließung der Flüchtlingsunterkunft zur Verfügung zu stellen.

Danach sieht es jetzt leider nicht mehr aus. Das BIM forderte zunächst für die Überlassung der Rue Racine 7 prohibitive Mieten bzw. Erbpachtzinsen - mit der erstaunlichen Begründung, Schulen in freier Trägerschaft könnten nicht bevorzugt werden, sondern es müssten Marktpreise gelten. Und Anfang Oktober d.J. hat sich das BIM dann ganz aus den Verhandlungen zurückgezogen - mit der Begründung: *" Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen, insbesondere des gestiegenen Grundstücksbedarfs für die Erfüllung der Aufgaben des Landes Berlin können wir Ihnen die Grundstücksfläche bedauerlicherweise nicht mehr für eine langfristige Nutzung als Schulstandort anbieten. Eine Fortführung der Abstimmungen zur vertraglichen Umsetzung ist damit obsolet "* .

Allein schon diese Vorgeschichte bedeutete einen Tiefschlag für das Vertrauen der Bürger in die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der Senats- und Bezirkspolitik, und die Enttäuschung und Verbitterung darüber reicht über die Grenzen der Cité Foch hinaus bis in die Elternschaft der Montessori-Schule, die seit drei Jahren mit der Ungewissheit über den zukünftigen Schulstandort ihrer Kinder leben muss.

Aber damit war es wohl noch nicht genug der Missachtung und Irreführung der Bürger: Anstatt ihre frühere Haltung zum Einzug der Montessori-Schule in die Rue Racine 7 zu bekräftigen und in diesem Sinne erneut einen Beschlussvorschlag in die BVV einzubringen, setzte Ihre Fraktion mit dem Beschlussvorschlag vom 13.11.2017 dem Ganzen noch eine Krone auf und warf frühere Versprechungen einfach über den Haufen.

Sind die Grünen inzwischen so weit von der Lebensrealität der Bürger entfernt, dass sie sich nicht vorstellen konnten, welche Stimmung dieser Beschlussvorschlag zu jetzigen Zeitpunkt in der Cité Foch hervorrufen musste ?

Und glauben Sie wirklich, dass es angesichts der Erfahrungen mit der Flüchtlingsnotunterkunft noch Bewohner der Cité Foch gibt, die auch nur einen Deut auf dessen Beschränkungen bezüglich der Zeitdauer („Winterperiode“) und Zielgruppe („Frauen und Familien“, „Frauenschlafplätze“) geben ? Eine solche – lediglich auf Mitleidsreaktionen abzielende - Irreführung gab es bereits bei der Ankündigung der Flüchtlingsunterbringung in der Cité Foch, als zunächst „traumatisierte Frauen und Kinder“ und sodann „Familien aus Kriegsgebieten“ angekündigt worden waren, während dann tatsächlich zunächst Armutsflüchtlinge aus dem Westbalkan kamen, die über ihre Clans häufig schon bestens in Berlin vernetzt waren und anschließend - neben den angekündigten Familien - auch sehr viele alleinstehende junge Männer aus Syrien, Afghanistan und angrenzenden Ländern.

Wenn dann auch noch die eigene Humanität herausgestellt wird, deren Folgen aber zu Lasten Dritter gehen und wenn eine eventuelle Kritik daran vom Podest selbst verliehener Moralität herab als Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder soziale Kälte diffamiert wird, dann verstärkt dies nur die Verbitterung der davon Betroffenen.

In einem Tagesspiegelbeitrag vom 12.3.2016 schrieb Barbara John, die frühere Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, folgendes zur Beteiligung der Bürger bei politischen Entscheidungen, die sie unmittelbar in ihrem Lebensalltag und - umfeld betreffen:

„ Wenn die etablierten Parteien jetzt nicht lernen, dabei ihre Bürger aktiv einzubeziehen, könnte künftig die AfD eine Rolle spielen wie der Front National in Frankreich und Ukip in Großbritannien.“

Seitdem sind mehr als eineinhalb Jahre mit zwischenzeitlichen Wahlen auf Bundes- und Landesebene vergangen, deren Ergebnisse Barbara John Recht zu geben scheinen, und es sieht so aus, als hätten die etablierten Parteien, wie auch der Beschlussvorschlag Ihrer Fraktion vom 13.11.17 zeigt, wenig dazu gelernt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Initiative Cité Foch

Martin Hermann

Dr. Olaf Kappelt

Thomas Keßler

Ralf von Plessen

Schlussverfügungen

- Veröffentlichung auf ICF-Webseite

- WV: 1.6.2021 (Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen)